

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



# Pressespiegel

24.10.2023

# Inhalt

**EWN**

1   <b>Altersforschung für Brennelemente</b>	
<i>NWZ online (Nordwest-Zeitung), 23.10.2023</i> .....	3
2   <b>Minister sieht in Skandinavien wachsendes Interesse an MV</b>	
<i>Nordkurier - Neubrandenburger Zeitung Stargard, 24.10.2023</i> .....	4



📰 NWZ online (Nordwest-Zeitung) | 23.10.2023

🔗 WEBLINK

## ZWISCHENLAGER-GESELLSCHAFT KOOPERIERT MIT UNIVERSITÄT

# Altersforschung für Brennelemente

*Bis Brennelemente aus den Zwischenlagern ins Endlager transportiert werden können, wird viel mehr Zeit vergehen als geplant. Was das mit den Brennelementen macht, wird jetzt erforscht.*

**Kleinensiel/Garching** - Die Hinterlassenschaften des Nuklearzeitalters werden deutlich länger in den Zwischenlagern bleiben müssen als geplant und genehmigt. Deshalb muss die Zwischenlagerung – auch in Kleinensiel – verlängert werden. Dafür ist ein Genehmigungsverfahren erforderlich, auf das sich die bundeseigene Gesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ) auch mit Forschungsvorhaben auf nationaler und internationaler Ebene vorbereitet.

### Genehmigt bis 2047

Mit der Benennung eines atomaren Endlagers wird frühestens in den 2040er Jahren gerechnet; die Genehmigung für das Zwischenlager für hoch radioaktive Abfälle in Kleinensiel läuft aber schon 2047 aus, die für andere Zwischenlager erheblich früher.

Auf nationaler Ebene baut die BGZ, die die bundesweit 17 Zwischenlager betreibt, eine Forschungsgruppe an der Technischen Universität München in Garching auf. Wie die BGZ-Pressestelle in Essen mitteilt, soll die Forschungsgruppe das Alterungsverhalten von Brennelementen untersuchen. Dazu ist die BGZ am Forschungs- und Hochschulcampus mit eigenem Personal und eigenen Räumen vertreten.

Leiter der BGZ-Forschungsgruppe ist Dr. Maik Stuke, der sich freut, mit seinen Leuten direkt im universitären Umfeld arbeiten und die Verbindung zu anderen Wissenschaftlern ausbauen zu können. Ziel sei es, die

Grundlagen für die Genehmigungsverfahren zu schaffen, die die BGZ für eine verlängerte Zwischenlagerung führen müsse.

### Das Know-how halten

Experten der Endlager-Gesellschaft bearbeiten nun zusammen mit Promotionsstudenten der Technischen Universität die Fragen zum Langzeitverhalten von Brennelementen. Dazu hat die BGZ einen Kooperationsvertrag mit dem Lehrstuhl für Nukleartechnik der Technischen Universität unterzeichnet. Auch die Zusammenarbeit mit weiteren wissenschaftlichen Institutionen der Technischen Universität will die Bundesgesellschaft nach und nach ausbauen. Denn: So erhält sie ihre Kompetenz in der nuklearen Entsorgung, wie Dr. Jörn Becker betont, der Leiter der BGZ-Forschungsabteilung. Nur durch eine enge Zusammenarbeit mit Hochschulen könne es der BGZ gelingen, das wissenschaftliche Know-how in der Branche zu halten.

Für die Zwischenlager selbst ist der Erhalt der Kompetenz ebenfalls ein Thema, denn auch sie sind vom Fachkräftemangel betroffen, wie Bettina Hesse sagt, die neue Vorsitzende der BGZ-Geschäftsführung. Es werde nicht reichen, dass die BGZ als attraktiver Arbeitgeber wahrgenommen werde, sagte sie und brachte eine Zusammenarbeit mit anderen Unternehmen der nuklearen Sicherheit bei Aus- und Weiterbildung ins Gespräch.

## Minister sieht in Skandinavien wachsendes Interesse an MV

*Für die Energiewende werden europaweit neue Netze gebaut. Für MV bestehen nach Ansicht von Wirtschaftsminister Meyer gute Chancen, ein Knotenpunkt zu werden und dabei neue ausländische Partner zu finden.*

**Schwerin.** Schweden und Norwegen betrachten Mecklenburg-Vorpommern nach den Worten von Wirtschaftsminister Reinhard Meyer als potenziellen Brückenkopf für Energielieferungen nach Deutschland. „Die Hinwendung zu klimafreundlichen Energieträgern erfordert den Aufbau neuer Transportnetze. Wir haben bei unseren Gesprächen in Stockholm und Oslo ein sehr ernsthaftes Interesse an einer engeren Zusammenarbeit auf diesem Gebiet festgestellt“, berichtete der SPD-Politiker nach dem Abschluss einer knapp einwöchigen Skandinavien-Reise, bei der er von einer Wirtschaftsdelegation aus Mecklenburg-Vorpommern begleitet wurde.

Schweden etwa plane den verstärkten Export von auf See gewonnenem Windstrom, der direkt in die mitteleuropäischen Netze fließen oder zur Produktion des klimaschonenden Brennstoffs Wasserstoff genutzt werden könne. Lubmin bei Greifswald biete sich als Anschlussstelle an, da dort sowohl leistungsfähige Stromleitungen als auch Anbindungen an das europäische Gasverteilnetz vorhanden seien. Auch das in Mukran geplante Terminal für Flüssigerdgas (LNG) komme nach dem Ende der LNG-Anlieferungen infrage.

### Minister lobt norwegische Strompreiszonen

In Norwegen sei das Interesse am Hafen in Rostock besonders groß gewesen, der einer von nur zwei Häfen in Deutschland sei, in dem schon jetzt Ammoniak umgeschlagen werden könne. Der zu großen Teilen aus

Wasserstoff bestehenden Verbindung wird neben dem reinen Wasserstoff eine wachsende Bedeutung in den Energiekonzepten der Zukunft beigemessen. „Norwegen hatte unser Land zuletzt weniger auf seiner Landkarte. Ich bin sicher, das hat sich mit unserem Besuch geändert“, sagte Meyer.

Die Gespräche in Schweden hätten ihn zudem in seiner Überzeugung bestärkt, dass mit unterschiedlichen Strompreiszonen gezielt Strukturpolitik betrieben werden kann. „Schweden hat vier Strompreiszonen. Im Norden, wo besonders viel Ökostrom produziert wird, ist er auch am billigsten. Das lockt energieintensive Unternehmen an, die Arbeit in strukturschwache Regionen bringen“, sagte Meyer.

Die norddeutschen Bundesländer, in denen wegen der Kosten für den Netzausbau die bundesweit höchsten Strompreise erhoben werden, dringen seit Langem auf eine gerechtere Lastenverteilung. Weil sich vornehmlich Länder im Süden der Forderung nach einer solidarischen Umlage verschließen, hatten die Regierungen im Norden die Einrichtung unterschiedlicher Strompreiszonen ins Spiel gebracht.

„Wenn es mit der Angleichung der Netzentgelte nicht klappt, wird das wieder ein Thema“, machte Meyer deutlich. Nach Angaben der Bundesnetzagentur liegt dem Bundestag ein Gesetzentwurf vor, der die Agentur autorisieren würde, faire Netzentgelte einzuführen. Die Beratungen dazu sind noch nicht abgeschlossen.